



Ulle Schauws
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede zur Solidaritätskundgebung für Nora Szasz und Natascha Niklaus am 29.08.18 in Kassel

Berlin, 29.08.2018

Ulle Schauws, MdB

**Sprecherin für Frauenpolitik
Sprecherin für Queerpolitik**

**Stellv. Vorsitzende und
Obfrau im Ausschuss FSFJ**

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74131
Fax: +49 30 227-76131
ulle.schauws@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Ostwall 70 -74
47798 Krefeld

Telefon: +49 2151 65 66 410
Fax: +49 2151 65 66 419
wahlkreis@ulle-schauws.de

Liebe Mitstreiterinnen,

Die beiden mutigen Ärztinnen Nora Szasz und Natascha Nicklaus, die hier gerade vor Gericht stehen, sie stehen dort innen, weil sie ihre Arbeit sehr engagiert machen. Weil sie eine hohe Verantwortung übernehmen für eine gute Versorgung ihrer Patientinnen. Weil sie einen grundgesetzlichen Staatsauftrag erfüllen. Weil sie Schwangeren in Not helfen und sie bestmöglich informieren.

Und da sage ich klar: Sie gehören nicht kriminalisiert und angeklagt. Sachliche ärztliche Information gehört nicht ins Strafgesetzbuch. §219a StGB muss gestrichen werden.

Wir alle sind heute hier, um solidarisch mit den beiden genau dafür zu streiten. Ich muss sagen, ich finde es großartig, wie das seit Monaten läuft mit den Solidaritätsaktionen: Von Ärztinnen, vom AKF, von Bündnissen für sexuelle Selbstbestimmung.

Mein liebster Spruch ist: „Frauen, bildet Banden“. Und beim Kampf für die Streichung von 219a funktioniert das toll! Danke besonderes den Organisatorinnen hier in Kassel!

Gemeinsam stehen wir für sexuelle Selbstbestimmung. Dafür, dass Frauen in schwieriger Lage wohnortnah bekommen, was sie am dringendsten brauchen: ÄrztInnen, denen sie vertrauen können, die sie unterstützen und umfangreich und fachkompetent medizinisch informieren.

Die Verhandlung heute zeigt einmal mehr, dass der Prozess von Kristina Hänel kein Einzelfall geblieben ist. Viele Ärztinnen und Ärzte befürchten, ebenfalls angezeigt zu werden, wenn sie sachlich online informieren.

Das ist doch völlig absurd! Wir leben schließlich im 21. Jahrhundert.

Das Gesetz erlaubt straffreie Abbrüche. Deshalb müssen ÄrztInnen auch darauf hinweisen können. 219a steht dem entgegen und muss weg!



Wir Grünen und die Linken haben Gesetzentwürfe vorgelegt, die eine Streichung fordern. Die Anhörung im Rechtsausschuss hat gezeigt, dass 219a ärztliche Tätigkeit unnötig erschwert und sogar die Versorgungslage von Schwangeren auf Dauer gefährden kann.

Die Argumente sind klar. Und parlamentarisch gäbe es eine Mehrheit für eine Streichung - mit uns Grünen, den Linken, FDP und SPD. Was wir jetzt brauchen ist eine klare politische Entscheidung – und zwar mit allen Kräften! Ein Ziehen an EINEM Strang. Es kommt darauf an, dass die SPD im Wort bleibt und die Abstimmung frei gibt.

Liebe Mitstreiterinnen,
wir als Abgeordnete müssen die Entscheidungsfreiheit von Frauen über ihren eigenen Körper und die Rechtssicherheit von ÄrztInnen schützen. Dafür kämpfen wir als Grüne weiter. Es ist unerlässlich, gerade jetzt, wo die Stimmen der Anti-Choice-Bewegung noch lauter werden.

Für mich gehört dazu klar eine Grundhaltung. Die lautet: „Trust women - Vertraut Frauen“.

Ich will in einer Gesellschaft leben, in der Ärztinnen Frauen bestärken und Frauen selbstverständlich das Recht haben, selbstbestimmt zu entscheiden!
In einer Gesellschaft, in der reproduktive Rechte nicht stigmatisiert werden und nicht im Strafgesetzbuch verankert sind!
Wo Gerichtsprozess wie der heutige der Vergangenheit angehören.

Deshalb sage ich als Feministin und Grüne ganz klar: Weg mit §219a

Danke!